Von hiesigen Medien und Politikern heißt es, Taiwan sei eine „gefestigte Demokratie“, der man gegen den potentiellen chinesischen „Aggressor“ solidarisch beistehen müsse. Dabei handelt es sich um eine extrem vereinfachende und so nicht haltbare Einschätzung. Politik und Medien hier im Land ignorieren zudem komplett, wie stark Taiwan kulturell, sprachlich und politisch gespalten ist. Diese Spaltung zeigt sich exemplarisch darin, dass aus innenpolitischen Gründen selbst eine Partnerschaft der Landkreise Cuxhaven und Hualien auf Taiwan nicht zustande kam. Von Dr. **Rolf Geffken**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220809_Die_Ahnungslosigkeit_deutscher_Aussenpolitik_in_Bezug_auf_Taiwan_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

*Der Verfasser hat China und Taiwan in den letzten 20 Jahren mehrfach zu längeren Forschungsaufenthalten besucht und war am Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog ebenso beteiligt wie an der Arbeit der „Deutsch-Taiwanischen Juristenvereinigung“. Er legte zahlreiche Veröffentlichungen zu China und Taiwan vor, zuletzt sein Buch „Mein China“, das eine „andere Sicht auf China“ beschreibt und einfordert. Zuvor hatte er sich vergeblich um eine Partnerschaft der Landkreise Hualien und Cuxhaven bemüht. Die Gründe dafür liegen in den inneren Verhältnissen Taiwans begründet.*

Die deutsche Außenministerin betont ein ums andere Mal, sie sei „Völkerrechtlerin“. Abgesehen davon, daß dies kein Beruf ist und man mindestens examinierter Jurist sein muss, wenn man einen ähnlichen Titel führen will, besitzt die Ministerin keinerlei nachgewiesene Qualifikation auf diesem Gebiet und ist erst recht keine examinierte Juristin. Mehr noch: Mit ihren fahrlässigen und oberflächlichen Äußerungen zum „Völkerrecht“ beweist sie zusätzlich ihre Unkenntnis und gefährdet die nationalen Interessen des Landes. Deutlich wurde dies vor allem angesichts der Parallelen, die Frau Baerbock im Falle des Konflikts um Taiwan zum Ukrainekonflikt zog. Für die Ukraine verwendet sie stets die Formel von dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“. Bezogen auf Taiwan und China bedeutet dies, dass jede militärische Drohung Chinas und jede Inanspruchnahme taiwanischen Territoriums durch China „völkerrechtswidrig“ sei.

**Baerbocks Aussagen stehen im Widerspruch zur China-Politik der Bundesregierung**

Hier aber irrt die Ministerin nicht nur. Sie weiß noch nicht einmal, dass dies der Politik

ihrer eigenen Regierung widerspricht. Die erkennt nämlich die VR China als alleinige Vertreterin Chinas an. Ebenso die Regierung der USA und der meisten Staaten der Völkergemeinschaft: Nur die VR China ist Mitglied der UN. Taiwan nicht. Deutschland unterhält in Taipei nur ein „Kulturbüro“ und keine Botschaft. Umgekehrt hat die Vertretung Taiwans durch das „Taipei-Büro“in Berlin keinen diplomatischen Status. Das Gleiche gilt für die USA. Die staatliche Selbstständigkeit Taiwans wird von der großen Mehrheit der Staaten verneint. Das war 1972 eine bewusste Entscheidung des US-Präsidenten Nixon, der mit seiner Ping-Pong- Diplomatie Maos China umgarnen und der Sowjetunion, die mit China damals im Konflikt lag, schaden wollte. Taiwan, das sich damals noch „Nationalchina“ nannte, verlor nicht nur seine UNO-Mitgliedschaft, sondern auch seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die UN-Vollversammlung stimmte mit überwältigender Mehrheit für die alleinige Aufnahme der VR China in die UN. Wer diese Politik heute nicht mehr vertreten will und diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnehmen will, kann das tun. Allerdings um den Preis des Abbruchs aller Beziehungen zu China. Beziehungen zu China u n d Taiwan wie in früheren Zeiten etwa zur BRD und zur DDR sind ausgeschlossen. China vertritt einen Alleinvertretungsanspruch fast so wie die Bundesregierung unter Kanzler Adenauer noch bis in die 1960er Jahre. Doch mit dem Unterschied, daß dieser Alleinvertretungsanspruch von der Staatenmehrheit anerkannt wird. Während er in Deutschland durch die Entspannungspolitik der 1970er Jahre zur Makulatur wurde.

Das hat zur Folge, dass Taiwan nicht nur nach der chinesischen Verfassung als Teil Chinas betrachtet wird, sondern diese Sichtweise auch die einzige völkerrechtlich vorherrschende Sichtweise ist.

Völkerrecht ist das zwischen den Staaten geltende Recht. Frau Baerbock hat eine Sichtweise des Völkerrechts, die wenig mit dem realen zwischenstaatlichen Recht zu tun hat, aber viel mit Wunschdenken. Das Kuriose ist, dass die „One-China-Policy“ auch weiterhin von Washington und auch von Berlin verfolgt wird. Sie ist seit 1972 wesentlicher Bestandteil deutscher Politik, ob dies nun der Ministerin passt oder nicht.

**Wenn „Völkerrecht“ mit „Menschenrechtspolitik“ verwechselt wird**

Die von einigen wenigen westlichen Politikern verlangte „wertebasierte“ Außenpolitik verwechselt das Völkerrecht mit Menschenrechtspolitik und spricht sogenannten „autoritären Staaten“ die Legitimität ab, um so zu versuchen, auch ihre Souveränität zu untergraben. Das konnte man schon im Jugoslawienkrieg beobachten. Die einzelnen Provinzen des Landes wurden von Deutschland mittels diplomatischer Anerkennung verselbstständigt. Dies geschah ausgerechnet unter Berufung auf das demokratische „Selbstbestimmungsrecht“, aber ohne dass – anders als etwa nach dem Versailler Vertrag in

Ostpreußen und Oberschlesien sowie in Schleswig – tatsächlich Volksabstimmungen durchgeführt wurden. Die gewaltsame Zerstückelung eines Landes war die Folge. Dort hingegen, wo sich in den Zentralstaaten Westeuropas Bestrebungen nach Selbstständigkeit zeigten, wurden diese unterdrückt und verfolgt, wie die Beispiele Katalonien und Nordirland zeigen. Naive Befürworter einer Unabhängigkeit Taiwans glauben bisweilen, auch in Deutschland sei es ohne weiteres möglich, daß sich Landesteile durch Volksabstimmung verselbstständigen könnten. Das Gegenteil ist richtig. Volksabstimmungen gelten nach dem Grundgesetz als grundsätzlich unzulässig, insbesondere auch Abstimmungen über die Loslösung von Landesteilen. Deutschland nimmt wie die meisten Staaten – auch China – den Grundsatz der „Unteilbarkeit“ in Anspruch und zwar völlig unabhängig davon, ob dieses „legitim“ erscheint oder nicht. Wer hier stattdessen eine „menschenrechtsbasierte“ Politik verfolgen will, möge im eigenen Land anfangen.

Was aber bringt die von der deutschen Außenministerin Taiwan zugesicherte „Solidarität“? Sicherlich keine militärische Hilfe. So etwas würde die wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen Chinas mit Deutschland auf einen Schlag beenden. Um den sonstigen „Nutzen“ einer solchen Politik einschätzen zu können, muss man zunächst den Grundcharakter Taiwans zur Kenntnis nehmen. Dazu heißt es in den hiesigen Medien nur, es sei eine „gefestigte“ Demokratie. Das ist eine kaum ausreichende Einschätzung.

**Taiwan – Ein extrem gespaltenes Land**

Taiwan ist nämlich zunächst ein kulturell, sprachlich und politisch vielfach gespaltenes Land. Es war 50 Jahre lang quasi eine Kolonie Japans. Erst nach Ende des chinesischen Bürgerkrieges wanderten zahlreiche Han-Chinesen vom Festland aus ein. Sie sprachen das hochchinesische Mandarin. Daneben gab es schon seit einigen Jahrhunderten die Nachfahren des Stammes der Hakka aus Guandong, deren „Dialekt“ mit dem Kantonesischen verwandt ist. Die größte Minderheit im Land waren die Hokklo, die ursprüngich aus Fujian stammten. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gehört zu den sogenannten Ureinwohnern.

Die ehemals oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei stellt zurzeit die Präsidentin. Ihre Partei führte jahrelang einen regelrechten Kulturkampf, indem sie versuchte, den Fujian-Dialekt zur Amtssprache zu machen und das Mandarin als Amtssprache zurückzudrängen. Da das Mandarin hauptsächlich von den Anhängern der Guomindang gesprochen wurde und diese zumeist zu den vom Festland kommenden Han-Chinesen gehörten, vermischte sich dieser zum Teil erbitterte Kulturkampf mit dem politischen Konflikt zwischen DPP und GMD. Jede Partei, die jeweils die Macht ausübte, versuchte

gerade im kulturellen Bereich, insbesondere im Erziehungswesen, ihren Standpunkt der jeweiligen „Minderheit“ aufzuzwingen. Die Kunst des Kompromisses wird in der Taiwanischen Innenpolitik nicht geübt. Schlimmer noch: Auch in anderen Bereichen der Politik setzt sich die Spaltung fort. So sind die Gewerkschaften bloße Anhängsel der Parteien. Eine Einheitsgewerkschaft, die parteipolitisch unabhängig ist, sucht man in Taiwan vergebens. Das Ergebnis ist eine weitere Spaltung der Bevölkerung.

Zu welch absurden Ergebnissen die kulturelle Spaltung führte, durfte der Verfasser selbst erfahren, als er nach dem ersten Wahlsieg der DPP zahlreiche Lehrer traf, die ihren Beruf aufgeben mussten, weil sie ab sofort eine „andere Geschichte“ und auch gleich noch eine andere „Sprache“ (der sog. Fujian-Dialekt unterscheidet sich grundlegend vom „Mandarin“) zu lehren hatten.

Er musste es aber auch erfahren, als er eine Partnerschaft zwischen den Landkreisen Cuxhaven und Hualien vorbereitete. Als das Projekt kurz vor dem Abschluss stand, versuchte die taiwanische „Generalkonsulin“ in Hamburg dem Verfasser den Landkreis Keelung „anzudienen“. Der „Makel“ des Landkreises Hualien war: Der Gouverneur war der ehemalige Arbeitsminister in einer Guomindang-Regierung. Dessen Aufwertung durch das Ausland wollte die DPP-Regierung verhindern. Also dann lieber: Keelung, wo die DPP regierte. Von deutscher Seite war die Initiative durch den Kreistagsabgeordneten Wegener mit vielen konkreten Vorschlägen für eine künftige Zusammenarbeit der Kreise Hualien und Cuxhaven unterstützt worden. Es war zu keinem Zeitpunkt zu befürchten, dass etwa SPD und CDU gegen eine solche Partnerschaft Einwände gehabt hätten. Der Verfasser übergab ein Modell des Cuxhavener Leuchtturms mit besten Wünschen dem Gouverneur von Hualien. Die Presse berichtete. Doch dann kamen die Bedenken der „Generalkonsulin“ dazwischen.

Ein solchermaßen gespaltenes Land spricht mitnichten mit einer Zunge. Zudem widerspricht die Politik der jetzigen Regierung eigenen Einschätzungen. Der ehemalige Berater der Regierung Chen Chu Bian, der Professor Chen vom „Chen Law Office“, erklärte dem Verfasser noch 2003, dass zum Zeitpunkt der Pekinger Olympiade 2008 der letzte denkbare Zeitpunkt für eine Selbstständigkeit erreicht sei. Danach sei es geopolitisch für Taiwan zu spät und man müsse sich auf die eine oder andere Art mit Peking arrangieren. Doch die jetzige Regierung und ihre Präsidentin wollen davon nichts mehr wissen. Sie steuern tatsächlich auf eine Unabhängigkeit zu, ohne das Volk selbst hinter sich zu wissen. Sie und ihre Partei grenzen andere Volkszugehörige aus und meinen trotzdem, im Namen g a n z Taiwans zu sprechen.

Wie kann die deutsche Außenpolitik unterstellen, diese Regierung spräche im Namen aller

Taiwaner? Demokratische Strukturen sind nicht alles. Zu einer stabilen Staatsführung gehört auch der Kompromiss und das Bekenntnis zur kulturellen und politischen Vielfalt. An diesem Bekenntnis mangelt es der jetzigen Präsidentin. Ihre Politik der inneren Spaltung ist längst zu einem gefährlichen Anachronismus geworden. Taiwan und China sind wirtschaftlich, aber auch auf persönlicher Ebene zwischen den Menschen vielfältig verflochten. Die Taiwaner gelten in der VR China nicht als „Ausländer". Dadurch haben sie vielfältige Privilegien. Es gibt ganze Landstriche im Süden Chinas, die nach der Politik der „Öffnung" Deng Xiao Pengs von taiwanischen Unternehmen beherrscht werden. In Shanghai zählt man inzwischen über 400.000 taiwanische Arbeitnehmer. Es gibt zahllose taiwanisch-chinesische Ehen.

**Innerchinesischer Dialog ohne Einmischung durch die Bundesregierung**

All diese Kontakte und Beziehungen kann eine taiwanische Regierung nicht ignorieren. Anderenfalls würde die Regierung selbst zurücktreten müssen oder abgewählt werden. Es macht keinen Sinn, ein politisch und kulturell gespaltenes Land in einen Konflikt mit seinem mächtigen Nachbarn zu treiben. Hinzu kommt, dass die Guomindang keineswegs mehr wie zu Zeiten des chinesischen Bürgerkrieges zu den erbitterten Gegnern der KP Chinas gehört. Man darf nicht vergessen, dass GMD und KP in der Geschichte zweimal zusammenarbeiteten. Vor allem war die GMD immer ein Vertreter der „One-China-Policy". Das euphorische Gerede hierzulande, die Taiwaner lehnten jede Annäherung an Festlandchina ab, ist falsch.

China kennt die innenpolitische Lage Taiwans ganz genau. Deutsche Politiker kennen sie offensichtlich nicht. Für sie ist ausgerechnet Taiwan „so etwas" wie die Ukraine und die braucht nach ihrer Auffassung „Solidarität" gegen den potentiellen „Aggressor". Taiwan braucht den innerchinesischen Dialog ohne Einmischung und Besserwisserei von außen. Die Lage ist kompliziert genug. Rechthabereien einer nicht examinierten „Völkerrechtlerin" gehen am Thema vorbei. Peking weiß, dass es 24 Millionen Taiwaner nicht einfach „vereinnahmen" kann. Wer aber die Unabhängigkeit Taiwans direkt oder indirekt proklamiert oder herbeiredet, gefährdet die Verständigung zwischen den Kontrahenten und damit zugleich den Weltfrieden.

Wie wäre es, wenn die gegenwärtige Regierung Taiwans wenigstens ihre „Bedenken" gegen eine Partnerschaft zwischen Cuxhaven und Hualien aufgeben würde und nach innen und außen etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigte? Daran hat es nämlich gemangelt, seit die gegenwärtige Regierung von der DPP gestellt wird.

***Zum Autor:*** *Autor und Rechtsanwalt. Veröffentlichte in über 20 Jahren zahlreiche*

*Publikationen zu China und Taiwan. Forschungaufenthalte in Kanton, Tapei, Beijing und Tianjin. War am Runden Tisch des Deutsch Chinesischen Rechtstaatsdialogs beteiligt. Organisierte die 1. Deutsch Chinesische Anwaltskonferenz in Tianjin 2008 und die 1. Deutsch Chinesische Konferenz zum Arbeitsrecht. Gab 2016 in 5. Auflage einen dreisprachigen Kommentar zum chinesischen Arbeitsrecht heraus und berichtete zuletzt über seine Aktivitäten in dem 2021 erschienenen Band "Mein China".*

Titelbild: motioncenter / shutterstock

**Mehr zum Thema:**

Taiwan: US-Aufmarschgebiet gegen Festland-China – seit 1945

Baerbocks Grundsatzrede – Die Größenwahnsinnige